

Treuhand

CHAOS UND EIN BÖSES ERBE

Die Treuhandanstalt genießt im Osten des Landes einen schrecklichen Ruf, und den hat sie sich redlich erworben. Um nahezu jeden Preis hat die Berliner Behörde die ostdeutschen Betriebe verkauft – Hauptsache weg. Nun kommen viele wieder zurück, ausgeplündert von unseriösen Investoren. Droht eine Rücknahme-Welle?

Die Mauer war kaum gefallen, da zog es Karl-Heinz Rüsberg in den Osten Deutschlands. „Die Überleitung der alten Kommandowirtschaft in die Marktwirtschaft“ sah der Manager als „nationale Pflicht, der ich mich aus Überzeugung stelle“.

Als Leiter der Treuhand-Niederlassung Schwerin erledigte Rüsberg seine Pflicht im Stile eines Provinzfürsten, aber erfolgreich. Als erster der 15 regionalen Treuhand-Chefs konnte er die Arbeit einstellen: Alles war privatisiert, es gab nichts mehr zu tun.

Nun wird Rüsberg wieder gebraucht. Er soll die Niederlassung in Halle übernehmen. Dort war, wie in Schwerin, die Arbeit bereits abgeschlossen. Doch nun herrscht Chaos.

Jeder fünfte Betrieb will nachverhandeln. Viele Betriebe sind noch nicht verkauft, obwohl das Ende der Privatisierung offiziell verkündet war. Und bei einigen Verkäufen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Untreue und Betrugs.

Sieht so das Ende der Treuhand aus? Zum Jahreswechsel wollte die Behörde ihre Arbeit einstellen. Aber je näher der Termin rückt, desto offensichtlicher werden die bisherigen Fehler.

Keine Woche vergeht, in der nicht neue Durchstechereien bekannt werden. Immer öfter muß die Staatsanwaltschaft einschreiten, um dubiose Verkäufe aufzuklären. Und immer mehr Investoren wollen ihre Betriebe wieder an die Treuhand zurückgeben.

Das Image der Behörde, die angetreten war, den Osten in die Marktwirtschaft zu führen, hat schwer gelitten. Das ist nicht zuletzt die Schuld der Anstalt selbst und ihrer Chefin Birgit Breuel.

Die überzeugte Marktwirtschaftlerin hat das Tempo der Privatisierung forciert



Treuhand-Chefin Breuel: Die Kontrolle vernachlässigt

und die Kontrolle dabei vernachlässigt. Sie wird, wenn ihre Arbeit tatsächlich im Dezember endet, ein böses Erbe hinterlassen.

Mehr als 275 Milliarden Mark Schulden werden bleiben und eine Vielzahl von wichtigen Betrieben, die niemand haben will. Für einstige Schlüsselbranchen der DDR, für die Großchemie in und um Bitterfeld und für viele Firmen des vornehmlich sächsischen Maschinenbaus finden sich keine Käufer. Was aus ihnen werden soll, ist ungewiß.

Zudem hat sich die Treuhand den Ruf eines Plattmachers erworben, der die ostdeutsche Industrie rücksichtslos den Interessen der westdeutschen Konkurrenz opfert. Diese Legende wird die Anstalt im Osten lange überleben.

Übergroße Sensibilität im Umgang mit den Betroffenen ihrer Politik wird

jedoch auch im Westen der Treuhand niemand nachsagen. Im Nordthüringer Kali-Werk Bischofferode sind die Bergleute im Hungerstreik, sie fühlen sich, wie so viele Arbeiter im Osten, von der Treuhand verraten (siehe Kasten Seite 86).

Die Grube soll nach der umstrittenen Fusion zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der BASF-Tochter Kali und Salz geschlossen werden. Der thüringische CDU-Landtagsabgeordnete Egon Primas hat deshalb gegen Treuhand-Vorstand Klaus Schucht Anzeige erstattet. Die Anstalt, so der Vorwurf des Volksvertreters, saniere mit Steuergeld einen Westkonzern.

Seit ihrer Gründung muß die Treuhand als Sündenbock für alles herhalten, was im deutschen Osten schief läuft. Die Politik schob der Behörde von vornherein die Verantwortung zu, die sie selbst nicht übernehmen wollte.

Die Treuhand hat seither mehr als 12 000 Betriebe und Betriebsteile privatisiert und 1,4 Millionen Arbeitsplätze gesichert (siehe Grafik Seite 85). Daß bei diesem Wirtschaftsumbau Arbeitsplätze verloren gingen, war unvermeidlich. Daß es so viele waren, sicher nicht.

Die Politik setzte von Anfang an auf die Privatisierung der Ostbetriebe. Sie glaubte allen Ernstes, westliche Konzerne seien ganz wild auf die ostdeutschen Kombinate.

Die Illusion verflieg rasch. Schnell wurde klar, wie verrottet die ostdeutsche Industrie tatsächlich war. Dann brachen auch noch die traditionellen Märkte weg. Und zu alledem kam die Rezession.

Die Treuhand mußte, um überhaupt verkaufen zu können, die ökologischen und finanziellen Altlasten übernehmen und schließlich jeden Arbeitsplatz, der

erhalten blieb, durch einen Abschlag auf den Kaufpreis honorieren.

Die Preise sanken, die Ansprüche an potentielle Käufer auch. Eine brisante Mischung: Wer immer einen halbwegs seriösen Eindruck machte, konnte im Osten eine Firma nach der anderen kaufen. Die Treuhand schreckte, wie in Halle im Fall des schwäbischen Unternehmers Wolfgang Greiner (SPIEGEL 27/1993), selbst dann nicht auf, wenn ein Betrieb aus der Kasse des zuvor erworbenen Unternehmens bezahlt wurde.

Nun muß die Treuhand nicht nur die restlichen Betriebe verkaufen, sie muß auch noch die alten Fälle aufarbeiten. Immer wieder tauchen zudem Investoren auf, die, mit Hinweis auf die schwierige Wirtschaftslage, rückwirkend bessere Konditionen herausholen wollen.

Mit 3000 Unternehmen führt die Treuhand Nachverhandlungen. 400 dieser Fälle stuft Treuhand-Vize Hero Brahms als „schwierig“ ein. Das bedeutet: Wenn alles schiefgeht, muß die Treuhand diese Firmen wohl wieder übernehmen.

Das wäre für die Treuhand eine Katastrophe. „Wenn die einmal anfangen mit Rücknahmen“, fürchtet Arnulf Kriedner, Vorsitzender des Bundestags-Treuhausausschusses, „dann bricht eine Lawine los.“

Der Anfang ist bereits gemacht. Die drei Firmen, die 1991 an den Mannheimer Unternehmer Peter Hartmann verkauft worden waren, sind jetzt wieder im Besitz der Treuhand. Hartmann hatte immer mehr Kapital aus dem Unter-

Die Treuhand - Bilanz

Stand: Ende Mai 1993

Privatisierung	Liquidierung	Bestand
12360 Unternehmen und Unternehmenstelle	2702 Unternehmen	1871 noch verbleibende Unternehmen mit
daraus ergaben sich:	davon betroffen waren:	310536 Beschäftigten
1,46 Millionen Arbeitsplatzzusagen	303671 Arbeitsplätze	Bei ihrer Gründung im Frühjahr 1990 hatte die Treuhand circa vier Millionen Beschäftigte in ihrer Verantwortung
179 Milliarden Mark Investitionszusagen	81325 Arbeitsplätze blieben erhalten	
43 Milliarden Mark Verkaufserlöse		

nehmen herausgezogen. Bevor alles zu spät war, griff die Treuhand zu.

Bereits im Frühjahr übernahm die Breuel-Behörde wieder die Verantwortung für das ein halbes Jahr zuvor privatisierte Unternehmen Agrotechnik Leipzig. Die Firma war von zwei Hamburger Unternehmensberatern ausgeplündert worden.

Offiziell lehnt die Treuhand Rücknahmen ebenso ab wie Nachverhandlungen mit enttäuschten Investoren. Doch hart ist die Breuel-Behörde nur in ihren Prinzipien. In der Praxis reagiert sie nachgiebig.

„Bei berechtigten Forderungen“, versprach Treuhand-Manager Claus von der Decken Mitte Juni auf einem Industriekongreß in Leipzig, „werden die neuen Eigentümer bei der Treuhand offene Ohren finden.“ Und Treuhand-Vize Brahms erklärt: „Wir sind flexibel; das Fortbestehen der Unternehmen muß im Mittelpunkt stehen.“

Sogar der Heidelberger Baukonzern Roland Ernst, in Berlin bei mehreren milliardenschweren Großprojekten engagiert, setzte Nachverhandlungen über den Kauf des für 285 Millionen Mark erworbenen Grundstücks der Elektrofirma EAW durch. Seit

die Olympia-Hoffnungen schwinden und die Immobilienpreise sinken, glaubt Ernst, das Objekt überteuert erworben zu haben.

Auf die Drohung, sein Engagement ganz platzen zu lassen, reagierte die Treuhand mit Entgegenkommen. Die Zahlung des Kaufpreises soll deutlich gestreckt, die vereinbarte Investitionssumme reduziert werden.

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und die wachsende Zahl von Nachverhandlungen sind die Folge einer verfehlten Treuhand-Politik. „Das ging alles viel zu schnell“, kritisiert SPD-Wirtschaftsexperte Norbert Wieczorek. „Die haben aufs Tempo



Protest gegen Treuhand-Entscheidung*: Sündenbock für alles, was schief läuft

* Besetztes Kali-Bergwerk in Bischofferode.

„Das Hungern frißt Nerven“

Kalikumpel in Bischofferode kämpfen verzweifelt gegen die Schließung ihrer Grube

Der Riese bekommt feuchte Augen, aber weinen will er nicht. Gerhard König, 51, ist fast zwei Meter groß und hat nach über 20 Jahren im Kalibergwerk ein Kreuz im Schrankformat. Doch als ihn an diesem Mittwoch morgen seine Frau besucht, sagt sie nur: „Mein Gott, Gerhard, dein Gesicht ist eingefallen. Du siehst ganz schwach aus.“

König hält sich am Geländer fest, das in der früheren Werkskantine „Warmstrecke“ und „Kaltstrecke“

tes, verzweifelt Aufbegehren gegen die Schließung der Grube zum Jahresende: Arbeitskampf mit Körperinsatz.

Die hungernden Arbeiter sind keine sturen Werkstätigen, die nicht einsehen wollen, daß die behagliche DDR-Zeit mit staatlich garantierter Vollbeschäftigung vorbei ist. Was weder Kalikumpel noch die Manager in Bischofferode verstehen: Ihr Kalisalz ist auf dem Weltmarkt gefragt, und es gibt einen westdeutschen Investor, der die Grube und

sondern für den Erhalt ihres stickigen, heißen, lauten und manchmal sogar gefährlichen Arbeitsplatzes ihre Gesundheit auf Spiel setzen, sind sie wieder in den Medien. Jüttemann kommt vom Telefon nicht mehr weg. Dabei halten die Kumpel ihren Betrieb schon seit mehr als drei Monaten besetzt (SPIEGEL 16/1993).

Fast jeder Reporter fragt die Amtsärztin Rosemarie Sonnebaum, 51, wie lange ein Mensch so einen Hungerstreik wohl aushält. „Das kommt auf den einzelnen an“, antwortet die

Ärztin dann immer. Täglich untersuche sie jeden Kumpel, dreien habe sie schon empfohlen aufzuhören. „Doch mehr kann ich auch nicht tun.“

Angelockt von Kameras und Mikrofonen, schickt am späten Nachmittag die Landesregierung ihren Wirtschaftsminister. Doch Jürgen Bohn (FDP) hat den Kumpeln keine konkreten Pläne mitgebracht, nur stumpfe Politikerphrasen: „Ich kann ihre Verbitterung nachvollziehen“, sagt Bohn und blickt, um seine Betroffenheit auch für die Kameras zu illustrieren, auf den Boden.

Doch gegen leere Solidaritätsformeln sind die Kumpel längst resistent: 600 Meter unter der Erde, wo Ehefrauen und weibliche Grubenangestellte täglich zehn Stunden streiken („Wir können die Last nicht allein den Männern überlassen“), erlebt Bohn lange zehn Minuten.

Immer wieder will der Minister zurück zum Förderkorb, der ihn nach unten gebracht hat. Doch die Frauen lassen nicht locker: „Bleiben Sie doch hier. Setzen Sie ein Zeichen.“ Derartig bedrängt, unterläuft Bohn noch ein böser Versprecher: „Ich bin nur der Kaliindustrie verpflichtet“, sagt er.



Hungernde Kaliarbeiter: „Wenn wir dicht sind, kommt das Kali aus Kanada“

teilte. Die Kantine, in der täglich mehr als 1800 Mahlzeiten verteilt wurden, ist schon seit über einem Jahr geschlossen. Für die übriggebliebenen 700 Arbeiter gibt es seitdem nur noch eine Imbißbude vor dem Werkstor.

Königs Schwägerin sagt: „Das Hungern geht nicht nur ans Fett, das frißt die Nerven.“

Seit dem 1. Juli ernähren sich König und 40 weitere Kumpel im thüringischen Kalibergwerk Bischofferode nur noch von „Thüringer Waldquell“, überzuckertem Hagebutten-Tee und Multivitaminensaft. Der Hungerstreik der Belegschaft ist ein letz-

550 der 700 Arbeitsplätze erhalten will. Doch Treuhand und Politiker wollen einen anderen Weg.

Weil die Mitteldeutsche Kali AG mit der Konkurrenz aus dem Westen, der Kali und Salz AG, fusioniert, soll Bischofferode geschlossen werden. Der Wettbewerb würde das kuschelige Kartell der West-Kaliproduzenten stören. „Wenn wir dicht sind“, brüllt Betriebsrat Gerhard Jüttemann in sein Telefon, „kommt das Kali, das wir fördern, künftig aus Nordkanada.“

Seit die thüringischen Kumpel nicht mehr nur ein paar Schilder vor dem Grubeneingang hochhalten,

gedrückt und privatisiert auf Teufel komm raus.“

„Es gab einen ganz massiven Druck, die Privatisierungen möglichst schnell durchzuziehen und rasch fertig zu werden“, sagt die Stuttgarter Rechtsanwältin Sylvia Birkhold, die bis Dezember vergangenen Jahres in der Treuhand-Niederlassung Halle für die rechtliche Überprüfung der Privatisierungsverträge zuständig war. Schnelles Tempo sei wichtiger gewesen als die Qualität der Arbeit.

Die Treuhand-Zentrale forderte laufend Erfolge, bei rechtzeitiger Planerfüllung winkten hohe Prämien. Direktoren erhielten 88.000 Mark, Abteilungsleiter 40.000 Mark und Referenten drei Monatsgehälter als Bonus.

„Wenn die Juristen einige überhastet abgeschlossene Verträge beanstandeten“, erinnert sich Sylvia Birkhold, „hieß es gleich: Sie versauen uns die Monatsstatistik, Sie gefährden meine Prämie, nun segnen Sie das mal schnell ab.“

Nun, da sich die Fehlschläge häufen, mehren sich auch in der Treuhand selbstkritische Stimmen. Zu häufig habe man auf schwache Investoren gesetzt, habe ihre Bonität nicht ausreichend geprüft und sei bei der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen zu knickrig gewesen.

„Heute zeigt es sich doch als Fehler“, gesteht ein führender Treuhand-Manager, „daß der Erfolg einer Privatisierung bei uns vor allem daran gemessen wurde, wieviel Schulden man dem Käufer aufhalsen konnte – und nicht, ob der Betrieb überlebensfähig war.“ □

Rußland-Schulden

Druck auf allen Ebenen

Rußland braucht neue Milliarden. Doch es kann nicht einmal die Zinsen zahlen.

Fast ängstlich waren die mächtigsten Staatsführer der westlichen Welt in Tokio bemüht, ihren schwächsten Partner zu hofieren.

US-Präsident Bill Clinton schmeichelte dem am Donnerstag der vergangenen Woche zum Weltwirtschaftsgipfel angereisten Boris Jelzin, der japanische Ministerpräsident Kiichi Miyazawa unterdrückte seinen Groll über den unhöflich zweimal verschobenen Staatsbesuch des Moskauer. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl schwärmte am Freitag, Rußland sei „ein starkes Land, ein starkes Volk“.



Gipfelbesucher Jelzin, Gastgeber Miyazawa - Den Industriestaaten fehlen die Mittel

Der Auftritt Jelzins im Akasaka-Palast entsprach dem vorgeprägten Rollenbild. Wie schon im Vorjahr in München gab er sich selbstbewußt, spielte den Zaren einer Weltmacht, nicht den Bittsteller. Die Milliarden-Zusagen der Industrielländer kassierte er gleichsam nebenher.

Tage zuvor hatte Jelzins Finanzminister Boris Fjodorow in Moskau den Tokioter Auftritt seines Chefs bereits mit kühnen Behauptungen vorbereitet. „Wir fordern keinerlei Hilfe“, sagte Fjodorow, „wir verlangen nichts umsonst.“ Kredite, ja, die brauche man, aber dafür zahle man schließlich Zinsen.

Wenn es nur so wäre. Gespannt hatten die Gipfel-Touristen in Paris, Rom, Washington und Bonn eine Woche vor ihrem Abflug nach Japan am Zinstermin 30. Juni auf Überweisungen aus Moskau gehofft. Es rührte sich nichts auf den Konten.

In der Umschuldungsvereinbarung hatten die Russen versprochen, 1993 insgesamt wenigstens 3,5 Milliarden Mark zur Bedienung ihrer Schulden aufzubringen. 2 Milliarden davon sind für die im Pariser Klub versammelten Gläubigerstaaten bestimmt, 1,5 Milliarden für Privatgläubiger. Am 30. Juni hätten in Bonn 50 Millionen Mark eingehen müssen. Das Datum, heißt es in einem Papier des Finanzministeriums, wurde „von Rußland mißachtet“.

Nicht einmal dieses Sümchen konnte Jelzin im Angesicht des für ihn so wichtigen Gipfels bezahlen. Da half keine geheime Demarche von Finanzminister Theo Waigel, kein „Druck auf allen Ebenen“ (ein Bonner Beamter).

Dennoch mieden die großen Sieben in Tokio das für Jelzin peinliche Thema. „Wenn wir ihn direkt darauf ansprechen“, so ein Kohl-Minister, „fängt er an zu schreien.“

Es geht um mehr als 50 Millionen Mark. Die Zahlungsverweigerung belegt nicht nur das immer noch herrschende Finanz- und Verwaltungschaos. Sie ist auch Ausweis der nach wie vor desolaten wirtschaftlichen Situation. Die in Tokio entdeckten ersten Zeichen des Wandels zum Besseren beruhen weitgehend auf Wunschdenken.

Das ist das Dilemma der Industrieländer: Die Anhäufung von Atomwaffen in den Nachfolgestaaten der Ex-UdSSR, die brandgefährlichen Atomteiler des Tschernobyl-Typs zwingen zu dem verzweifelten Versuch, das Riesereich wirtschaftlich zu stabilisieren.

Der Erfolg ist zweifelhaft, die eigentlich notwendigen Mittel können die Industriestaaten nicht aufbringen. Doch die Alternative, alles treiben zu lassen, schreckt noch mehr. Das sieht, anders als Vorgänger George Bush, auch Bill Clinton so.

Stolz verkündete er, als Instrument gegen die russische Misere einen Privatisierungsfonds von drei Milliarden Dollar durchgesetzt zu haben. Ursprünglich wollten die Industrieländer nur zwei Milliarden Dollar einbringen.

Kein Land wird viel frisches Geld dafür aufwenden. Weltbank und Osteuropa-Bank wollen die Summe als normalen Kredit für Privatunternehmen in Rußland einschießen, abgesichert durch eine Moskauer Staatsgarantie. Eine weitere Milliarde besteht aus Exportgarantien; hinzu kommen 500 Millionen Dollar für technische Hilfe sowie 500 Millionen Dollar für kleinere Unternehmen und für Verwaltungshilfe.

Die Deutschen werden, um ihren Beitrag zu leisten, den für 1993 geltenden Rahmen von vier Milliarden Mark für Exportkredite nicht einmal aufstocken;